



WAHLPROGRAMM

der AfD

**Alternative für Deutschland
Kreisverband Cottbus**

zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019

COTTBUS - UNSERE HEIMAT, UNSERE ZUKUNFT

PRÄAMBEL

Cottbus ist eine schöne und liebenswerte Stadt.

Die AfD Cottbus steht zu dieser Stadt und wird sich, gestärkt durch Ihre Stimmen, kraftvoll, mit Vernunft, gesundem Menschenverstand und wie bisher mit großer Sachlichkeit, für eine gute Zukunft von Cottbus einsetzen.

Unser großes Ziel für die Kommunalwahl am 26. Mai 2019 ist das Erreichen eines Wahlergebnisses, durch welches eine bürgerlich – konservative Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung möglich wird.

Die politische Grundlage aller unserer Bemühungen ist die

„Gemeinsame Resolution der AfD-Fraktionen“ - „**Freiberger Erklärung**“ vom 17. September 2018 (Anlage).

Die Mitglieder unserer Partei sind freiheitlich – patriotische Bürger, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes und unserer freiheitlich – demokratischen Grundordnung stehen.

Das Treiben von Links- und Rechtsextremisten muss mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpft und unterbunden werden, denn wir lehnen Extremismus jeglicher Art entschieden ab.

Unser öffentliches Agieren war, ist und bleibt immer eine Reaktion auf die Politik der Altparteien.

Es ist nicht der Hass auf die Zugewanderten, welcher uns permanent unterstellt wird, es ist Wut über die vielfach erlebte Arroganz der Macht unter der Regierung Merkel.

Durch künftig größere Einflussnahmemöglichkeiten in der Stadtverordnetenversammlung werden wir jederzeit korrigierend und fordernd auf politische Fehlentwicklungen Einfluss nehmen.

Für die Bürger der Stadt Cottbus ist vieles nicht mehr, wie es einmal war.

Ein Gefühl von Unbehagen macht sich seit einiger Zeit breit, ein Gefühl der Verunsicherung und Zukunftsangst, auch durch den angestrebten Strukturwandel.

Ein tiefer Riss geht durch Familien, durch den Freundeskreis, ja, durch das ganze Land, durch die Nation.

Mit steigender Verbitterung in der Stimme kann man vielerorts hören: Merkel ist schuld.

Wir denken, diese Schuldzuweisung trifft wesentlich den Kern der Entwicklung während der Ära Merkel.

Unter ihrer Führung und durch ihr eigenes Zutun, konnten sich landauf, landab und so auch in unserem geliebten Cottbus, Kräfte entfalten, die Kategorien wie Vaterland, Heimat, Familie aus dem Sprachgebrauch verbannen wollen.

Mainstreammedien, im Verein mit den Gewerkschaften und Altparteien, lassen nichts unversucht, die Meinung Andersdenkender zu unterdrücken, zu verfälschen oder zu ignorieren.

Immer mehr Menschen leben mittlerweile mit der Faust in der Tasche, denn es haben sich Schemata verfestigt, geprägt durch die Verhaltensweise:

Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen.

Ein solches Verhalten wird jedoch niemals die beschriebene Entwicklung aufhalten können.

Unser Wahlprogramm soll daher auch eine Art Weckruf an alle Menschen sein, welche noch nicht verstehen, was in unserem Vaterland geschieht.

Konsequent werden wir als gewählte Abgeordnete in unserem Denken und Handeln darauf achten, dem in uns gesetzten Vertrauen gerecht zu werden.

Im Fokus unserer zukünftigen Tätigkeit als gewählte Stadtverordnete stehen all jene, die hier schon länger leben, aber auch diejenigen, deren Zukunft noch vor ihnen liegt und jene, die ihr Leben lang hart für dieses Land gearbeitet haben und 1989 auch auf die Straße gegangen sind, um Demokratie zu wagen.

Die Demokratie ist in Gefahr!
Unser Vaterland ist in Gefahr!

„Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!
Danach lasst uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand!“



Das Programm

1. Grenzen ziehen - Belastung der Kommunen mindern

Wir fordern ein Ende der unkontrollierten Zuwanderung und dem damit verbundenen Missbrauch der Asylgesetzgebung - keine Einreise ohne gültige Papiere, wie es dem Umgang souveräner Staaten untereinander entspricht.

Wir fordern die volle Ausfinanzierung der entstandenen Kosten sowie das Absenken bestehender Anreize - Sachleistungen statt Bargeld.

Beendigung der Sekundärmigration durch Einführung der Residenzpflicht in Brandenburg.

Probleme, welche die Stadt Cottbus nicht verursacht hat, müssen konsequent nach dem Verursacherprinzip gelöst werden.

2. Innere Sicherheit

Nur eine sichere Stadt ist eine Stadt, in der wir gut und gern leben. Deshalb fordern wir eine ehrliche Lageanalyse zur inneren Sicherheit in Cottbus.

Kriminalitätsschwerpunkte sind klar zu benennen, die Ausländerkriminalität ist gesondert aufzuführen, und es sind unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, kriminelle Ausländer sofort des Landes zu verweisen.

Das geplante Sicherheitszentrum - im offiziellen Sprachgebrauch bereits als Serviceeinrichtung deklariert - muss ohne Wenn und Aber rund um die Uhr, d. h. 24 Stunden an jedem Tag, einschließlich Samstag und Sonntag besetzt und geöffnet sein.

Den Kommunen müssen im Aufenthaltsrecht Kompetenzen übertragen werden. Die Verhängung von Zuzugssperren muss in die kommunale Entscheidungskompetenz fallen.

Innere Sicherheit muss in den Köpfen der Entscheidungsträger endlich als ein wichtiger Standortfaktor begriffen und durchgesetzt werden.

3. Strukturwandel intelligent gestalten

Cottbus und die Lausitz haben nur eine Zukunft - es ist neues Denken und Herangehen gefragt.

Der Ausstieg aus der Kohle darf erst dann erfolgen, wenn adäquate Ersatzarbeitsplätze in der Industrie vorhanden sind und somit alle Akteure in der Pflicht sind, den Boden für zukunftsfähige Arbeitsplätze zu bereiten.

Wir wollen kein konkretes Datum für den politisch motivierten Kohleausstieg.

Die AfD Cottbus setzt sich bedingungslos für die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone Lausitz nach dem Vorbild der Zonenrandförderung ein, um mit diesem Instrument Investoren in unsere strukturschwache Gegend zu locken, hier zu investieren.

Schwerpunkte in der Ausgestaltung der Sonderwirtschaftszone Lausitz:

- Steuerliche Anreize
- Investitionsbeschleunigungsgesetz

Mit dem TIP und unseren Gewerbegebieten sind ausreichend Flächen für Ansiedlungen vorhanden. Das große Infrastrukturprojekt „Cottbuser Ostsee“ muss finanziell auf sichere Füße gestellt werden.

Langfristige Zusagen von Bund und Land sind ein „Muss“ für das Gelingen.

Der Cottbuser Ostsee ist ein Mosaikstein im Strukturwandel, Priorität hat jedoch die Schaffung von Industriearbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung vor Ort.

4. Cottbus - die Stadt mit Herz für den Mittelstand (KMU)

Der Wirtschaftsstandort Cottbus ist geprägt von sehr kleinteiliger Wirtschaft, unterrepräsentiert ist das verarbeitende Gewerbe.

Um den Standort Cottbus attraktiv zu machen, erhebt die AfD folgende Forderungen:

4.1. Steuerliche Entlastung des Klein- und Mittelstandes

Die Grundsteuer B mit einem Hebesatz von 500 Prozent ist zu hoch und schadet dem Wirtschaftsstandort Cottbus, ebenso der Hebesatz der Gewerbesteuer von 400 Prozent. Unser Vorschlag nach dem Modell Sonderwirtschaftszone: Absenkung der Hebesätze um 50 Prozent, die steuerlichen Ausfälle sind aus dem Sonderprogramm: „Kohleausstieg/Strukturwandel Lausitz“ zu kompensieren.

4.2. Öffentliche Ausschreibungen

Um zu erreichen, dass wieder mehr Betriebe an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen, sollen die durch die Unternehmer einzureichenden Ausschreibungsunterlagen und Nachweise deutlich verringert und vereinfacht werden. Es muss wieder ein Miteinander zwischen Auftraggeber und Unternehmer geben.

4.3. Die Handwerks- und Gewerbebetriebe

müssen dringend von Abgaben entlastet werden, damit es wieder Spaß macht, Unternehmer zu sein und auch wieder mehr Interesse bei jungen Leuten geweckt wird, einen Betrieb als Nachfolger zu übernehmen.

Beiträge an IHK und Handwerkskammer müssen auf den Prüfstand.

4.4. Die steigenden Energiekosten

sind inzwischen ein großer Standortnachteil für Handwerk und Gewerbe. Die Energiewende muss dringend von ideologischem Ballast befreit und grundlegend überdacht werden, kleinere Betriebe müssen entlastet werden.

5. Wirtschaftsförderung

Die Finanzierung der Wirtschaftsfördergesellschaft EGC über Zuschüsse anderer städtischer Gesellschaften (z. B. Stadtwerke und GWC) ist der Größe der Aufgabe im bevorstehenden Strukturwandel nicht angemessen.

Die ausreichende Finanzierung hat aus Steuermitteln zu erfolgen.

Die stringente Abrechenbarkeit der Aktivitäten der EGC muss mit einer schonungslosen Analyse der Effizienz der Wirtschaftsförderung einhergehen.

Die bestehenden Strukturen sowie das Geschäftsmodell der EGC müssen ständig überprüft werden.

6. Infrastruktur

Um den Wirtschaftsstandort Cottbus zu stärken, ist es zwingend erforderlich, endlich finanzielle Mittel bereitzustellen, um die Unterdeckung für Straßen- und Brückeninstandhaltung zu beseitigen. Der Finanzbedarf liegt für den Erhalt und Ausbau von Straßen, Brücken und Plätzen bei ca. 300 Millionen Euro.

Weiterhin muss die schon lange versprochene Umgehungsstraße realisiert werden, d. h. der 2. und 3. Verkehrsabschnitt müssen endlich gebaut werden, um den Durchgangsverkehr aus der Stadt zu bekommen.

An der direkten Bahnanbindung des BER sowie am 2. Gleis für die Strecke Cottbus – Lübbenau führt kein Weg vorbei.

Wir werden jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um immer wieder auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Zukunftsfähigkeit von Cottbus und diesen Infrastrukturmaßnahmen hinzuweisen.

7. Kommunalfinanzen

Wir haben ein Konzept:

Die generelle Neuverteilung der Steuereinnahmen zu Gunsten der Kommunen.

Gehen wir von 100 Euro Steuereinnahmen aus, dann stellt sich der Verteilerschlüssel zur Zeit wie folgt dar – der Ist-Zustand:

42,50 Euro der Bund,
42,50 Euro die Länder,
15 Euro die Kommunen.

Unser AfD Cottbus-Konzept fordert eine Neuverteilung der Steuereinnahmen:

40 Euro der Bund,
40 Euro die Länder,
20 Euro die Kommunen.

Der Vorteil:

Dem Subsidiaritätsprinzip wird mit diesem Modell wesentlich besser Rechnung getragen.

Die Unterfinanzierung kommunaler Haushalte wird beseitigt. Ausgleichsmechanismen können in das Konzept einfließen.

Der Umgang mit den Mitteln aus dem Finanzausgleichsgesetz:

Die Kommunen bestimmen in Eigenverantwortung, wie Eigenanteile finanziert werden. Die zur Zeit gültige Vorschrift des Landes muss nachverhandelt werden, denn z. B. die Erhöhung der Grundsteuer ist kontraproduktiv und hemmt die dringend notwendige Ansiedlung von Investoren.

Wir fordern eine komplette Gegenfinanzierung von übertragenen Aufgaben durch Bund und Land.

Der Stellenauswuchs in der Stadtverwaltung Cottbus muss gestoppt werden.

Durch die gezielte Nutzung der Digitalisierung müssen Stellen eingespart werden. Alle Stellen, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise geschaffen wurden, müssen vom Bund getragen werden.

8. Zukunftsaufgabe - Stärkung des ÖPNV

Mit dem Mobilitätskonzept hat unsere Stadt eine solide Grundlage, um den ÖPNV schrittweise attraktiv und fahrgastfreundlich zu gestalten. Die jährliche Überprüfung der neu festgelegten Linienführung hat absolute Priorität.

Sollte Korrekturbedarf bei der Linienführung (besonderer Focus liegt auf der Strecke 2) auftreten, muss nachgesteuert werden.

Die permanente Ersatzbeschaffung von Straßenbahnen ist für die Wahlperiode 2019 - 2024 ein „Muss“, denn der Fahrzeugbestand ist komplett überaltert (im Schnitt über 30 Jahre alte Straßenbahnen). Diese weiter einsatzbereit zu halten, ist wirtschaftlich nicht vertretbar, es ist ineffizient und stößt an technische Grenzen.

9. Cottbus - die digitale Stadt

Die Digitalisierung von Prozessen und Abläufen in allen Bereichen wird sich in den nächsten Jahren exorbitant entwickeln.

Das Konzept der digitalen Stadt Cottbus muss dieser Entwicklung, mit den sieben Handlungsfeldern (Wirtschaft, Energie, Mobilität, Stadtentwicklung, Gesundheit, Bildung und Verwaltung) gerecht werden.

Die AfD Cottbus setzt sich dafür ein, dass dies mit hoher Fachkompetenz und großer Bürgernähe realisiert wird.

Neben dem technischen Ausbau der IT-Infrastruktur kommt es besonders darauf an, Nutzungsbedingungen und -formate zu entwickeln, die Effizienzsteigerungen ermöglichen, aber auch eine benutzerfreundliche Handhabung gewährleisten.

Bei der Entwicklung neuer Produkte und beim vernetzten Ausbau der Softwareprodukte ist zwingend auf Nachhaltigkeit und Qualität zu achten.

Wir fordern deshalb die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems in der Verwaltung und die laufende Evaluation der neu gestalteten Prozesse und Produkte. Ein die Handlungsfelder übergreifendes Monitoring und Steuern soll dabei Qualitätsabweichungen verhindern und zur Ablaufharmonisierung zwischen den Handlungsfeldern beitragen.

Die Entwicklung der digitalen Stadt Cottbus muss sowohl für die Wirtschaft gewinnbringend, als auch für den Nutzer, Verbraucher bürgernah und benutzerfreundlich gestaltet werden.

10. Cottbus - Stadt der Energie

Die AfD setzt auf den Energiemix und bekennt sich ohne Wenn und Aber zur Braunkohle.

Zur Erhaltung der Versorgungssicherheit sind grundlastfähige Kohlekraftwerke unerlässlich. Wir setzen weiterhin auf die verstärkte Forschung im Bereich Geothermie sowie den Ausbau von Kraft-, Wärme-Kopplungsanlagen.

Die Forschung nach bezahlbaren und technologisch ausgereiften Speichermöglichkeiten für erneuerbare Energie muss intensiviert werden.

Die Zusatzkosten für die CO₂-Zertifizierung lehnen wir ab.

Die rund 24.000 Arbeitsplätze in der Region, die direkt und indirekt an der Kohleindustrie hängen, sind unverzichtbar.

Der ersatzlose Wegfall von 600 Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie muss als Weckruf verstanden werden.

11. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Kommunale Selbstverwaltung und kommunale Selbstbestimmung sind zu oft eine inhaltslose Floskel.

Die AfD Cottbus setzt sich für die Schaffung einer Kommunalkammer ein.

Mit diesem Instrument wäre landesweit das kommunale Mitspracherecht bei zustimmungspflichtigen Gesetzen gegeben, und die Beziehungen der 14 Landeskreise und 4 kreisfreien Städte zum Land Brandenburg wären auf Augenhöhe.

Das Hinnehmenmüssen, welches wir durch zu wenig Mitspracherechte haben, wäre damit beendet.

12. Bildung - der Rohstoff, der Zukunft sichert

Die AfD Cottbus setzt sich für die Beendigung der Bildungsexperimente ein. Die Schaffung klarer und Sinn machender Strukturen bedeutet den Erhalt der Förderschulen sowie schulische Angebote mit und ohne Inklusion.

Wir betrachten KITAS als wichtiges Instrument der frühkindlichen Bildung. Deshalb befürworten wir die Einführung der Gebührenfreiheit für den Besuch von Kindereinrichtungen.

Um den berechtigten Ansprüchen der berufstätigen Eltern gerecht zu werden, bestehen wir auf der Ausfinanzierung der dritten Betreuungsstufe durch das Land.

Die Entlohnung der Tagesmütter/Tagesväter ist in 2-Jahresschritten auf das Mindestlohniveau anzuheben.

Die AfD Cottbus fordert die Rückabwicklung der Zwangsfusion der BTU Cottbus mit der Fachhochschule Lausitz, um dem Profilverlust zu begegnen.

Die Stärkung der BTU erfolgt mit folgenden Maßnahmen:

- Schaffung einer medizinischen Fakultät sowie eines Studienganges Pharmazie. Der eindeutige Vorteil wäre, dass die BTU wieder eine Perspektive hätte und so dem zunehmenden Fachkräftemangel bei Ärzten und Apothekern wirksam begegnet werden könnte.
- Weiterhin wäre die Installierung eines Lehrstuhls für „Künstliche Intelligenz“ ein wesentlicher Schritt zur Stärkung der BTU.
- An der BTU sollten Berufsschullehrer für technische Berufe ausgebildet werden. Mit einem solchen Maßnahmenpaket könnte dem erkennbaren Bedeutungsverlust der BTU wirksam entgegengesteuert werden.
- Bezüglich des Oberstufenzentrums Cottbus ist der Bau einer Turnhalle zwingend geboten. Alle diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Land müssen intensiviert werden.
- Die berufliche Bildung ist eine wichtige Säule zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Deshalb setzt sich die AfD Cottbus dafür ein, dass die Stadt Cottbus gemeinsam mit anderen Kommunen des Landes dafür streitet, in der Gesellenausbildung die Zweidrittelfinanzierung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung durch das Land zu erreichen (ein Drittel der Kosten finanziert der Bund).

13. Cottbus - eine soziale Stadt

Das Carl-Thiem-Klinikum ist und bleibt der Hauptanker einer qualitativ hohen und rund um die Uhr gewährleisteten medizinischen Versorgung der Bürger.

Der immer noch hohen Fluktuation bei Ärzten muss durch die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat wirksam begegnet werden. Dazu gehört die gründliche Analyse der Ursachen.

Das Krankenhausmanagement muss überprüft werden.

Die Versorgung mit Fachärzten im ambulanten Bereich ist nach den Bewertungskriterien voll gegeben. Dass es immer wieder zu Engpässen kommt, liegt unter anderem in der schlechten medizinischen Versorgung im Landkreis Spree/Neiße. Deshalb weichen Bürger aus SPN verstärkt auf Cottbus aus.

In der diesbezüglichen Zusammenarbeit mit dem Landkreis SPN müssen klare Forderungen gestellt werden, auch das Land ist dabei in der Pflicht.

Prävention ist immer noch die beste Gesundheitspolitik.
Wir schätzen die Arbeit der vielen Selbsthilfegruppen.

14. Wohnen - die soziale Frage

Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage der Gegenwart.

Die AfD Cottbus wird sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Gebäudewirtschaft Cottbus in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt wird.

Damit wäre diese kommunale Gesellschaft nicht mehr gezwungen, Gewinne an die Stadt als Eigentümer auszuschiütten, die Gewinne blieben in der Gesellschaft.

Die erwirtschafteten Gewinne können dann für dringend erforderliche Investitionen verwendet werden.

Es gibt in Cottbus genügend Wohnraum, der zu renovieren wäre.

Mit diesem Modell wollen wir stabile Mieten sichern und die Querfinanzierungen (Schwimmhalle, EGC usw.) unterbinden.

15. Cottbus - Sportstadt, Kulturstadt und Stadt der Vereine

Sport, Kunst, Kultur und ein reges Vereinsleben - das sind die Imageträger unserer schönen Stadt Cottbus.

Diese weichen Standortfaktoren sind zu stärken.

Der schleichende Verfall durch ungenügende Finanzierung unserer Einrichtungen, wie z. B. der Tierpark und der Sportstättenbetrieb, sind nicht hinnehmbar.

Dem Niedergang der Kunst im öffentlichen Raum muss endlich Einhalt geboten werden.

Der Sanierungsstau bei Kunst im öffentlichen Raum beträgt zwischen 125 bis 175 Millionen Euro.

Es muss wirksam gegengesteuert werden, sonst verlieren wir ein Stück Lebensqualität sowie wichtige Standortfaktoren.

Eine Stadt, welche ihr kulturelles Erbe verspielt, hat keine Zukunft.

16. Erinnerungskultur in Cottbus - gegen das Vergessen

Das Menschenrechtszentrum muss seine Tätigkeit wieder auf die Kernaufgabe, die Aufarbeitung der DDR-Diktatur und die Erinnerung an die menschlichen Schicksale der Inhaftierten, in den Mittelpunkt stellen.

Wir betrachten mit Sorge, wie sich ehemalige Häftlinge aus der ehrenamtlichen Arbeit zurückziehen, weil der Gründungssinn offensichtlich Stück für Stück verloren geht.

Wir fordern deshalb, dass sich das Menschenrechtszentrum wieder auf jene Aufgaben und Ziele konzentriert, welche bei seiner Gründung definiert wurden.

Solange der Vorstand diese Entwicklung nicht unterbindet und sich politisch nicht neutral verhält, sollten keine Geldzuwendungen mehr ausgereicht werden.

Die AfD Cottbus betrachtet Friedhöfe als Stätten unserer Erinnerungskultur.

Wir werden uns konsequent dafür einsetzen, dass keine Friedhöfe in Ortsteilen geschlossen werden, denn eine lebendige Erinnerungskultur gehört zum Erhalt der Heimat.

17. Cottbus - die familienfreundliche Stadt

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dürfen wir niemals aus den Augen verlieren.

Fehlende KITA-Plätze widersprechen dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung.

Die AfD Cottbus setzt sich dafür ein, den Bedarf für eine 24-Stunden-Kinderbetreuung zu ermitteln und, wenn erkennbarer Bedarf vorhanden ist, eine solche Einrichtung zu bezahlbaren Konditionen aufzubauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderbetreuung in allen Altersstufen kostenfrei wird.

Das „Bündnis für Familie“ und das „Bündnis gesunde Kinder“ müssen wieder mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Spiel- und Bolzplätze sind zu erhalten, Schließungen sind zu vermeiden.

Bei beabsichtigten Veränderungen sind durch die Verwaltung Bürgergespräche anzubieten, die Ortsbeiräte, die Stadtteilmanager (wenn vorhanden) sowie die Bürgervereine müssen gehört sowie ihre Argumente geprüft und gewichtet werden.

Um Vandalismus vorzubeugen, schlagen wir die Gewinnung von Spielplatzpaten vor, welche sich im Ehrenamt gegen eine kleine Aufwandspauschale um die Plätze kümmern. Dabei denken wir unter anderem an bereitwillige und aktive Senioren.

Bei der finanziellen Unterstützung von Kinder- und Jugendeinrichtungen durch den Jugendhilfeplan müssen auch neue Projekte eine Chance haben.

18. Die Rechte der Bürger stärken

Die AfD versteht sich als Interessenvertreter der mündigen Bürger, und fordert deshalb die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild.

Die AfD Cottbus setzt sich für die Einführung eines fakultativen Referendums ein.

Das dreistufige Verfahren (Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid) ist nicht nur extrem aufwendig, es erfordert auch einen hohen bürokratischen Aufwand für die Initiatoren.

Das fakultative Referendum ist bürgernah, effektiv und verdient deshalb unsere volle Unterstützung.

19. Ohne Transparenz keine ehrliche Politik

Eine recht undurchsichtige Angelegenheit ist die Praxis des Sponsoring durch die Sparkasse.

Die mangelnde Transparenz bei der Förderung der Projekte im Bereich Sport, Kultur, Kinder- und Jugendarbeit muss beendet werden.

Wir schlagen folgendes Modell vor:

Die Sparkasse, die ja bekanntlich dem Gemeinwohl verpflichtet ist, nennt der Stadtverordnetenversammlung die jährliche Fördersumme.

Die Stadtverordneten verteilen diese Summe auf die Projekte der unterschiedlichen Bereiche durch Abstimmung.

Dieser Prozess wäre transparent und demokratisch.

20. Altanschießer - die letzten Hürden nehmen

Die Umstellung auf die Entgeltregelung beim Abwasser ist gelungen. Die jetzige Finanzierung nach Verbrauch ist gerecht und solidarisch. Ungeklärt sind die Erstattung der Zinsen bei Stundung und die Erstattung der Kosten aus geführten Gerichtsprozessen.

Da das Land Brandenburg unter Missachtung des Rückwirkungsverbots die gesetzliche Regelung bei den Altanschießern auf den Weg gebracht hat, muss die Erstattung an die betroffenen Bürger auch durch das Land erfolgen (Verursacherprinzip). Die AfD Cottbus wird diesen Prozess kritisch begleiten und unaufhörlich hinterfragen.

21. Modellstadtsatzung - Aufhebung der Beitragssatzung

(wichtiger Hinweis: Die Anlage 2 zum Wahlprogramm ist lt. Beschluss der Mitgliederversammlung vom 23.04.2019 Bestandteil des Programms - Autor: Richard Schenker)

Im Jahr 1992 hat die die Stadtverordnetenversammlung Cottbus eine Modellstadtsatzung beschlossen.

Die AfD Cottbus setzt sich dafür ein, dass der Rechtsfrieden nicht gebrochen wird und die Satzung, vor allem im Grenzbereich, einer weiteren Prüfung unterzogen wird.

Ein zu diesem Thema erstelltes aktuelles Rechtsgutachten stellte fest, dass rechtliche Mängel vorliegen sollen. Zur Zeit werden deshalb weitere Beitragsbescheide an Bürger und Firmen nicht mehr versandt. Die AfD Cottbus wird sich energisch dafür einsetzen, dass wieder rechtssicheres Handeln durch die Verwaltung praktiziert wird.

Sollten sich bei der juristischen Prüfung der Satzung, den dazu gehörenden Anlagen und den dazu erhobenen Beiträgen Fehler ergeben haben oder bei der Anwendung falsche Sachentscheidungen getroffen worden sein, sind alle bisher entrichteten Beiträge zu erstatten und weitere Forderungen aufzuheben.

Den Oberbürgermeister fordern wir auf, eine ehrliche und selbstkritische Sachstandsbeschreibung abzugeben und den Rechtsfrieden wieder herzustellen.

22. Umwelt und Nachhaltigkeit

Einen hohen Stellenwert wird für die AfD Cottbus in der kommenden Legislatur der Lärmschutz in unserer Stadt sein.

Da der Ausbau der Umgehungsstraße nicht vorankommt, müssen in den besonders belasteten Gebieten, z.B. Kiekebusch und Kahren, zwingend Lärmschutzmaßnahmen Abhilfe schaffen.

Großes Augenmerk ist auch weiterhin dem noch nicht gelösten Problem „Ambrosia“ zu widmen.

Saubere und klare Gewässer – es sei in diesem Zusammenhang nur die braune Spree genannt – sind für die AfD Cottbus ein Muss.

Wir unterstützen jegliche Initiativen, die durch die Nutzung neuester wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse für Abhilfe sorgen.

Die AfD Cottbus plädiert für die Förderung der Wasserstofftechnologie, besonders im Einsatz im ÖPNV.

Ein großes Zukunftspotenzial sehen wir für die Stromgewinnung mittels der Brennstoffzelle.

In Cottbus, der Stadt der kurzen Wege, ist das Radfahren bei den Bürgern beliebt.

Die Radwege befinden sich teilweise in einem desolaten Zustand. Der Einsatz finanzieller Mittel ist dringend erforderlich, um einerseits die Verkehrssicherheit für Radfahrer zu erhöhen und andererseits die Bürger zu animieren, mehr Fahrrad zu fahren.

Die AfD Cottbus unterstützt die Initiative zur Reduzierung des Mähens auf ausgewählten Grünflächen.

SCHLUSSWORT

Wir haben nicht nur einen Traum, sondern auch viele konkrete Ziele für unsere Heimatstadt Cottbus.

Diese Stadt wird bis 2027 Schritt für Schritt schuldenfrei.

Diese Stadt kann somit allmählich beginnen, wieder zu investieren, in Straßen, in Wege, in Schulen, in KITAS, in alles, was mit Infrastruktur zu tun hat.

Der Ostsee wird zu einem tollen Naherholungsgebiet und Touristenmagnet.

Pläne grüner Politik und Ideologien für eine übereilte Verschrottung von Kohlebaggern und die Abschaltung von Kraftwerken haben sich als wissenschaftlich völlig unrealistisch erwiesen, solange elektrischer Strom bei wachsendem Bedarf auch unabhängig von Sonne und Wind produziert werden muss und es für über 20.000 Beschäftigte in der Lausitzer Braunkohle keine echten Alternativen gibt.

Schluss mit diesem ganzen Gefasel von Strukturwandel, solange es für die energetische Verwertung von Kohle keine wirklichen Alternativen gibt.

Für weitere und immer gigantischere Windkraftanlagen gibt es keine Genehmigungen mehr.

Für einen zukünftigen sogenannten Strukturwandel werden Schritt für Schritt Sinn machende erkennbare Fortschritte vernunftgeprägte Realität.

Die Schaffung einer Sonderwirtschaftzone für die gesamte Lausitz hat sich in der Bundes- und Landespolitik als politischer Wille herauskristallisiert und befindet sich allmählich auf dem Weg von der Planungs- in die Realisierungsphase.

Die kommunale Selbstverwaltung wird nicht länger nur als Worthülse im Sprachgebrauch sein. Hier vor Ort wird entschieden, was gut ist für Cottbus.

Eine zu schaffende Kommunalkammer wird Regierungsmacht begrenzen.

Bei Zugewanderten kommt konsequent wieder geltendes Recht zur Anwendung.

Kriminelle Verhaltensweisen werden niemals und nirgendwo geduldet. Wer das nicht begreift, wird Konsequenzen von Leistungskürzung bis hin zur konsequenten Abschiebung zu tragen haben.

Abgelehnte Asylbewerber haben kein Bleiberecht.

Die AfD Cottbus wird sich als eine starke und kompetente Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung bewähren.

Wir bekennen uns zu weitestgehend ideologiefreier, kollegialer Sacharbeit im Stadtparlament.

Das Wohl unserer Heimatstadt Cottbus und seiner Bürger wird für uns eine Herzensangelegenheit sein.

Unser Ziel ist, als Partei stärkste Kraft in Cottbus zu werden und als solche zu wirken.

Jetzt gibt's was zu wählen.

Am 26. Mai 2019 AfD wählen, die Alternative für Deutschland



Anlage 1: „Freiberger Erklärung

Anlage 2: „Modellstadt Cottbus“

Anlage 1

Freiberger Erklärung verabschiedet

Im Rahmen des Interfraktionellen Treffens der Fraktionsvorstände aus Landtags- und Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland, das am 16. und 17. September 2018 im sächsischen Freiberg stattfand, ist am Nachmittag die "Freiberger Erklärung" verabschiedet worden, die wir zu Ihrer Information übermitteln:

GEMEINSAME RESOLUTION der AfD-Fraktionen

- „Freiberger Erklärung“ -

Aus Verantwortung für die Entwicklung unserer Partei und unseres Landes erklären wir, die Versammlung der Fraktionsvorstände der AfD-Fraktionen des Deutschen Bundestages und der Länder hiermit gemeinsam:

1. Die AfD ist eine bürgerlich-konservative Partei. Ihre Mitglieder, Funktionsträger und Abgeordneten sind freiheitlich-patriotische Bürger, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

2. Extremismus aller Art lehnen wir entschieden ab und begegnen diesem mit allen rechtsstaatlich zulässigen Mitteln. Die Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes weisen wir entschieden zurück. Insbesondere die aktuellen Versuche, den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus politischen Gründen aus dem Amt zu drängen, betrachten wir mit großer Sorge. Die AfD-Fraktionen sehen sich als parlamentarische Barriere gegen alle Versuche, den Verfassungsschutz als Machtinstrument der Altparteien gegen missliebige Konkurrenz zu missbrauchen.

3. Bei der Debatte um die Bewertung von Demonstrationen darf nicht vergessen werden, dass diese eine Reaktion auf die Politik der Altparteien sind. Die Merkel'sche Grenzöffnung spaltet die Gesellschaft. Wir verteidigen das Grundrecht aller Deutschen, friedlich und ohne Waffen zu demonstrieren.

4. Wir verstehen die AfD als demokratisch legitimierte Partei und als Verteidigerin der Demokratie und des Rechtsstaats. Wir wollen durch Einflussnahme in den Parlamenten und durch wirksame Volksentscheide auf allen Ebenen politische Fehlentwicklungen korrigieren.

Für die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Andreas Kalbitz, Fraktionsvorsitzender

Freiberg/Potsdam, den 17. September 2018

Anlage 2

Modellstadt Cottbus

1. In Cottbus hat die Kommunal-Politik 199² die Modellstadt-Satzung beschlossen. Die meisten Städte in Ost-Deutschland lehnen diese Satzungen ab.
2. Die Stadtverwaltung verschickt nun massenweise Beitrags-Bescheide. Es sollen nun Zwangs-Abgaben von vielen Cottbuser Familien und Firmen erhoben werden. Die Verwaltung fordert zum Teil jeweils mehrere zehntausende Euro. Die geforderten Beiträge sind eine massive finanzielle Belastung und bedrohen Existenzen. Der soziale Frieden ist gefährdet.
3. Zu diesem Thema wurde ein aktuelles Rechts-Gutachten erstellt. Das Gutachten hat festgestellt, dass in Cottbus wieder erhebliche rechtliche Mängel vorliegen.
4. Wir als AfD Cottbus sind die Partei die sich für die Bürger einsetzt. ~~Wir setzen uns dafür ein, dass keine rechtswidrigen Bescheide versandt werden.~~ Als Partei setzen wir uns für eine sozial gerechte Lösung ein.
Wir fordern: - Aufhebung der Beitrags-Satzung und
- Erstattung aller Beträge
5. Die Modellstadt-Satzung wurde von den Alt-Parteien beschlossen. Sie ist rechtlich fragwürdig und gefährdet den sozialen Frieden.
Wir als AfD wollen die Fehler der Alt-Parteien korrigieren.

Mit Ihrer Wahl-Entscheidung können Sie uns dabei unterstützen.